

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 18. Juli 1968

Nummer 29

Zur Wirtschaftslage

Trotz verstärkter internationaler Zusammenarbeit Wachstumseinbußen zu erwarten

Die neuen Beweise einer Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Industrieländer und der Hilfsbereitschaft überregionaler Institutionen bei der Überwindung außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten einzelner Mitgliedsländer werden positiv auf die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und damit auch auf Beschäftigung, Produktion und Einkommen in der westlichen Welt wirken. Dennoch bleiben viele Wünsche offen; und es werden im Zusammenhang mit den Konsolidierungsbestrebungen der Defizitländer — vor allem der USA — Wachstumsverluste hingenommen werden müssen.

Der Beistandskredit, der Großbritannien in Höhe von 2 Mrd. \$ von seinen europäischen und amerikanischen Partnerländern zugesagt worden ist, dürfte die Lösung des britischen Pfundes aus der Funktion einer Reservewährung ein gutes Stück voranbringen. Bis zu diesem Betrage soll es Großbritannien möglich gemacht werden, bestehende kurzfristige Pfundguthaben von Ländern des Sterlingblocks zurückzuzahlen. Bei Verpflichtungen in Höhe von reichlich 4 Mrd. \$ gegenüber Zentralbanken des Sterling-Raums bedeutet dies eine Reduzierung der kurzfristigen Verschuldung Großbritanniens gegenüber diesem Kreis um 50 vH. Insofern die Gläubigerländer ihre Guthaben in anderen Währungen als den Dollar halten, wird auf diese Weise gleichzeitig eine Streuung der Reservewährungsfunktion erreicht; diese ist zu begrüßen, da sie die Last, nationale Zahlungsmittel als internationale Liquidität bereitzustellen, auf eine größere Anzahl von Ländern verteilt. Dennoch wird mit diesem Abkommen nur ein erster Schritt auf einem langen Weg der Reorganisation des internationalen Währungssystems getan. Die Gefahr, daß bei Störungen des Vertrauens in Reservewährungen — und seien sie nur vorübergehend — größere Umtauschaktionen vorgenommen werden, die Unruhe in die internationalen Währungsbeziehungen bringen, läßt

sich erst dann bannen, wenn eine „echte“ internationale Währungseinheit geschaffen wird, die an die Stelle nationaler Zahlungsmittel tritt. Die Schaffung einer unabhängigen internationalen Reserveeinheit scheint um so dringlicher, als schon das Ausmaß der kurzfristigen Dollarverpflichtungen eine ähnliche Stützungsaktion für den US-Dollar ausschließen dürfte. Und der Gedanke, daß es den Vereinigten Staaten gelingen könnte, so hohe Überschüsse zu erwirtschaften, daß sie ihre kurzfristigen Verpflichtungen nachhaltig abbauen, ist besorgniserregend; denn solche Überschüsse würden ja entsprechende Defizite in der übrigen Welt voraussetzen. Bei aller Würdigung der jüngst bewiesenen Zusammenarbeit der verantwortlichen Instanzen muß bedauert werden, daß sie sich immer nur im Augenblick höchster Not manifestiert, daß sie aber noch nicht vorausschauend und damit konstruktiv wirksam wird.

Der Gedanke, den Internationalen Währungsfonds mit den Befugnissen einer Weltzentralbank auszustatten, stößt in der Öffentlichkeit bislang auf wenig Gegenliebe. Dennoch sollte erwogen werden, den Fonds zu ermächtigen, Einlagen von Ländern entgegenzunehmen, die bereit sind, ihre Devisenguthaben gegen Forderungen — ausgedrückt in einer internationalen Währungseinheit — zu den Internationalen Währungsfonds einzutauschen. Die Autonomie der nationalen Zentralbanken würde dadurch in keiner Weise angetastet, der Umfang der internationalen Liquidität nicht berührt; ein Aufkündigen von Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen, das einzelne Reservewährungsländer Erschütterungen aussetzt, könnte in dem Maß verhindert werden, wie das neue Währungsmedium allgemeine Anerkennung findet. Daß am Ende eines solchen Weges die Demonetisierung des Goldes steht, ist nicht unwahrscheinlich. Sie hätte dann aber auch ihre Schrecken verloren.

Das Bruttosozialprodukt der *Vereinigten Staaten* hat auch im zweiten Quartal 1968 beachtlich zugenommen. Der reale Zuwachs dürfte — saisonbereinigt, auf Jahresbasis — wohl 5 vH erreicht haben; der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg ist auf mindestens 4 vH zu beziffern. Die Einführung der 10%igen Ergänzungssteuer — sie gilt für Einzelpersonen rückwirkend seit dem 1. April, für Gesellschaften seit dem 1. Januar 1968 — wird im zweiten Halbjahr eine merkliche Mehrbelastung der Wirtschaft und der privaten Haushalte mit sich bringen. Auf Jahresbasis werden zusätzliche Steuereingänge von rund 15 Mrd. \$ erwartet, das sind knapp 2 vH des Bruttosozialprodukts.

Die Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft, die in Anbetracht der unbefriedigenden und in der Tendenz eher fallenden Kapazitätsauslastung bei steigenden Stückkosten ohnehin gedämpft ist, dürfte weiter nachlassen, auch wenn die Kreditpolitik in der zweiten Jahreshälfte weniger restriktiv gehandhabt werden sollte. Von der amerikanischen Bundesregierung werden in den nächsten Monaten nur wenig Anregungen auf die Wirtschaft ausgehen, selbst wenn öffentliche Ausgaben nicht in dem Maße wie jetzt vorgesehen eingespart werden. Die steuerliche Mehrbelastung wird zweifellos Zurückhaltung bei den Verbrauchern auslösen, wenngleich nicht auszuschließen ist, daß sie ihre Sparfähigkeit, die im zweiten Quartal stärker als die Einkommen stieg, einschränken werden. Vom Stahlbereich werden unabhängig davon, ob gestreikt wird oder nicht, retardierende Einflüsse ausgehen; ebenso von der Automobilindustrie, die mit Rücksicht auf die unsichere Versorgung mit Stahlprodukten in den letzten Monaten stärker als üblich auf Lager produziert hat.

Alle Indikatoren deuten demnach darauf hin, daß sich die konjunkturellen Kräfte im zweiten Halbjahr stark abschwächen werden. Eine solche Entwicklung hätte eine merkliche Verlangsamung der Einfuhrsteigerung zur Folge. Selbst bei weiteren nur mäßigen Zuwachsraten der Ausfuhr dürfte in der zweiten Jahreshälfte mit einer Erhöhung des Aktivsaldos der Leistungsbilanz zu rechnen sein. Andererseits wird sich die Kapitalbilanz im weiteren Verlauf des Jahres kaum so günstig entwickeln wie im ersten Quartal 1968, in dem die Vereinigten Staaten sehr viel ausländisches Kapital an sich ziehen konnten, während gleichzeitig ihre Direktinvestitionen im Ausland stark zurückgingen. So dürften die Vereinigten Staaten auch 1968 dem Ziel eines Zahlungsbilanzgleichgewichts kaum näher kommen — trotz der einschneidenden Beschränkungen des Kapitalverkehrs.

Die Kreditzusage der Zentralbanken der westlichen Industrieländer gewährt *Großbritannien* eine nochmalige Atempause; sie verpflichtet das Land aber gleichzeitig zu verstärkten Anstrengungen, seine Leistungs- und Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Dabei bereiten in erster Linie die Importe immer noch große Sorgen. So haben offensichtlich Verteuerungen notwendiger Einfuhren (Nahrungs-

mittel und Rohstoffe) einerseits und Preiszugeständnisse ausländischer Lieferanten bei Gütern, die mit heimischen Produkten in Konkurrenzkampf stehen, andererseits dazu beigetragen, daß die Einfuhren beschleunigt gestiegen sind; zudem waren Auswirkungen des Streiks im Herbst vorigen Jahres zu verspüren (Einfuhrzunahme 22 vH im ersten Halbjahr). Die Juni-Ergebnisse geben erstmals Anlaß, etwas optimistischer zu urteilen. Die Ausfuhren haben sich günstiger entwickelt; sie sind im gleichen Zeitraum immerhin um 12 vH gestiegen. Doch muß auch hier berücksichtigt werden, daß diese Ziffern Nachholeffekte widerspiegeln.

Angaben über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts für die erste Hälfte 1968 liegen noch nicht vor. Orientiert man sich an der Steigerung der industriellen Produktion (saisonbereinigt, auf Jahresbasis + 4 vH im ersten Quartal 1968), so dürfte die Wirtschaftstätigkeit in den ersten drei Monaten sehr rege gewesen sein, seitdem aber im Zeichen einer Abflachung stehen. Dabei stimmt bedenklich, daß insbesondere die Investitionstätigkeit im Bereich der verarbeitenden Industrie, die ja schließlich der Träger künftiger Produktivitätsfortschritte ist, abgenommen hat. Nur wenn es gelingt, die Lohnsteigerungen auf das von der erwarteten Produktivitätsentwicklung vorgegebene Ausmaß von 3,5 vH zu beschränken und den privaten Verbrauch real zu senken, werden genügend Kapazitäten freistehen, um die Unternehmen zu verstärkten Exportbemühungen zu zwingen. Die verschiedenen Streikbewegungen in der jüngsten Zeit sind kein gutes Vorzeichen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik — zumal aus Unternehmerumfragen hervorgeht, daß ein relativ hoher Anteil der befragten Betriebe die Kapazitäten gegenwärtig voll auslastet.

Auch *Frankreich* hat sich jetzt entschlossen, aus außenwirtschaftlichen Gründen Schritte zu unternehmen, die der Durchsetzung binnenwirtschaftlicher Zielsetzungen hinderlich sind. So erscheinen insbesondere die Diskonterhöhung von 3,5 auf 5% und die Importbeschränkungen problematisch, verfügt doch Frankreich über hohe Währungsreserven. Zudem kann es der Unterstützung der Partnerländer — vor allem in der EWG — bei der Überwindung seiner Schwierigkeiten sicher sein. Diese Maßnahmen laufen auch dem Rat der EWG-Kommission zuwider, den unerwünschten Folgen des Streiks durch eine expansive Politik zu begegnen. Denn die Kreditverteuerung wirkt negativ auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, nicht zuletzt, weil durch die Kostenerhöhungen der Spielraum für die Selbstfinanzierung stark eingeengt wird. Hierbei fällt kaum ins Gewicht, daß die Bedingungen, zu denen kleine und mittlere Unternehmen Überbrückungskredite erhalten, von der Diskonterhöhung unberührt bleiben. Da es im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr wesentlich von den Unternehmererwartungen abhängt, ob die wirtschaftliche Krise ohne verstärkte Arbeitslosigkeit überwunden werden kann, hat die Regierung zwar investitions-

anregende Maßnahmen vorgesehen; aus Sorge um eine inflationsfördernde Wirkung des Haushaltsdefizits jedoch, das als Folge der sozialen Zugeständnisse ohnehin stark ansteigen wird, sollen diese Maßnahmen erst zum Herbst verkündet werden. Angesichts der Liquiditätsverluste des Bankensystems infolge von Devisenabflüssen erscheint diese Sorge allerdings vorerst weniger berechtigt als die Befürchtung, daß infolge der Ungewißheit über die Ausgestaltung der Investitionserleichterungen die Unternehmer mit ihren Investitionsplanungen noch zurückhaltend sein werden. Zweifellos ist die Erhebung einer Sonderabgabe, die von großen Kapitalgesellschaften zu entrichten ist und die zur Verringerung des Budgetdefizits beitragen soll, ebenfalls nicht dazu geeignet, das Investitionsklima zu verbessern. Eine rasche Ausdehnung der industriellen Investitionen ist jedoch — nicht zuletzt unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten — erforderlich, um auch in der Zukunft eine große Angebotselastizität der französischen Volkswirtschaft zu sichern. Da durch die Einführung des Zuschlags auf die Einkommensteuer nur die oberen Einkommensgruppen stärker belastet werden, ist nach wie vor damit zu rechnen, daß die privaten Verbrauchsausgaben in der nächsten Zeit stark steigen werden und sich somit der Kapazitätsspielraum verringern wird, zumal durch die Importbeschränkungen die Möglichkeiten eines verstärkten Rückgriffs auf das ausländische Angebot eingengt werden.

Trotz wachsender industrieller Auftragseingänge aus dem In- und Ausland ist der Optimismus der *italienischen* Unternehmer durch die innenpolitische Entwicklung merklich gedämpft worden. Nicht nur in einer zögernden Haltung der Börse und in einer

beunruhigend starken Zunahme der Kapitalflucht in Form von Banknotenexporten äußert sich der keimende Skeptizismus der Wirtschaft — auch die Zahl der Unternehmen nimmt zu, die für die nächsten Monate keine weitere Steigerung oder gar eine Abschwächung ihrer Aktivität erwarten.

Von der konjunkturellen Klimaverschlechterung sind alle großen Bereiche betroffen, besonders aber die derzeit am besten ausgelasteten Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die um die Jahreswende 1967/68 die Investitionsgütererzeugung in der Rolle des konjunkturellen Schrittmachers abgelöst hatten. Da die Produktionsgüterindustrien nicht nur das höchste Lohnniveau verzeichnen, sondern auch erhebliche zusätzliche Belastungen aus den neuen Tarifabkommen bewältigen müssen, sind sie im besonderen Maße auf Produktivitätsfortschritte angewiesen, um eine erneute Steigerung ihrer Stückkosten abwenden zu können. Schon 1967 hatten sich die Lohnkosten — allerdings im Zusammenhang mit der Ende 1966 von der Regierung beschlossenen Defiskalisierung der Soziallasten — um etwa 5 vH stärker erhöht als die Produktivität. Während die übrigen Bereiche künftig noch Produktivitätsreserven durch bessere Anlagenauslastung mobilisieren können, sind die Produktionsgüterindustrien selbst unter den gegenwärtigen Bedingungen gedämpfter Erwartungen auf eine rasche Ausweitung ihrer Investitionen angewiesen. Sollten diese in Anbetracht der höheren Kostenbelastung nicht ohne Preissteigerungen realisiert werden können — worauf ein gewisser Aufwärtstrend in den Preiserwartungen der Grundstoffproduzenten hinweist —, so ist zu befürchten, daß das bisher stabile Erzeugerpreisgefüge in den kommenden Monaten in Bewegung gerät.

Anhaltende Belebung der westdeutschen Wirtschaft

Das Sozialprodukt im ersten Halbjahr 1968

Zur Jahresmitte 1968 waren in der Bundesrepublik noch 226 000 Menschen arbeitslos. Gegenüber Januar, dem Monat mit der — saisonal bedingt — größten Arbeitslosigkeit, nahm die Zahl der Erwerbslosen um 447 000 ab; sie ging damit auf ein Drittel des Standes von Ende Januar zurück. Die relative Abnahme entsprach der Entwicklung in den Jahren 1965/66, als jeweils im Sommer die Arbeitslosigkeit ein Minimum von rund 100 000 Menschen erreicht hatte. Im Vergleich mit diesen Jahren verdoppelte sich jetzt allerdings der absolute Rückgang im Zeitraum Januar bis Juni, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen um fast eine Million geringer ist als damals. Zu fragen ist also: Hat die saisonale Arbeitslosigkeit absolut an Bedeutung gewonnen — oder kann der größere Rückgang konjunkturell als Zeichen verstärkter Nachfrage nach Arbeitskräften interpretiert werden?

Der Vergleich von offenen Stellen und Arbeitslosen zeigt eindeutig die konjunkturelle Belebung.

Für eine differenzierte Analyse der Arbeitslosenzahlen selbst empfiehlt sich zumindest die Trennung in zwei Gruppen: die stark saisonabhängigen Berufsgruppen und die Arbeitslosen in den übrigen Berufen.

Diese Unterteilung läßt klar erkennen, daß die saisonale Arbeitslosigkeit in der Rezession erheblich zugenommen hat. In der zusammengefaßten Gruppe der stark saisonabhängigen Berufe verringerte sich 1967 trotz abnehmender Beschäftigung die Arbeitslosenzahl von Januar bis Juni um 228 000; in den Vorjahren waren es im Durchschnitt nur 147 000. Betrachtet man die Bauberufe allein, so verdoppelte sich 1967 hier die Abnahme der Arbeitslosen auf 144 000 gegenüber rund 70 000 in den Vorjahren. Die Abnahme entsprach 1967 der gleichzeitigen Zunahme der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. In den Vorjahren dagegen stieg die Beschäftigung von Januar bis Juni um rund 200 000. Es klappte also bei diesem nur groben Entwicklungsvergleich von Be-

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit
jeweils von Januar bis Juni

Berufsgruppen	1965	1966	1967	1968 ²⁾
Abnahme absolut in 1000 Personen				
Stark saisonabhängige Berufsgruppen ¹⁾	151	143	228	306
Übrige Berufsgruppen	40	25	— 8	140
Arbeitslose, insgesamt	191	168	220	446
Abnahme in vH gegenüber dem Januar-Stand				
Stark saisonabhängige Berufsgruppen ¹⁾	88	87	66	85
Übrige Berufsgruppen	48	24	— 3	45
Arbeitslose, insgesamt	67	63	36	66

¹⁾ Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steinbearbeiter u. ä., Bauberufe einschl. ungelernte Hilfskräfte, Holzverarbeiter, Maschinisten sowie die Bereiche Nahrungs- und Genußmittel, Verkehr und Gaststätten. —
²⁾ Aufteilung geschätzt.

schäftigten und Arbeitslosen im Baugewerbe eine Lücke in der Größenordnung von 130 000 Erwerbstätigen. Sie kennzeichnet die Bedeutung der Gastarbeiter beim saisonalen Vergleich von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Vor der Rezession kam der größere Teil der saisonalen Mehrbeschäftigung aus dem Ausland, 1967 — zu Lasten der Gastarbeiter — fast ausschließlich aus dem Inland. Somit registrierten die Arbeitsämter höhere Abgänge, ohne daß im Baugewerbe die Beschäftigung entsprechend stieg.

In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung trugen vor der Rezession die Zunahme der Gastarbeiter und die Abnahme der Arbeitslosen zu ungefähr gleichen Teilen zum Beschäftigtenanstieg von Januar bis Juni bei. Ausgehend von den Erwerbstätigen-Schätzungen des Statistischen Bundesamtes (Quartalsdurchschnitte) dominieren im Beschäftigtenanstieg bis zur Jahresmitte jeweils die saisonalen Einflüsse. So nahm beispielsweise im Jahresdurchschnitt die Zahl der Erwerbstätigen 1965 um 174 000 zu, 1967 um 790 000 ab. Recht deutlich kommen in der Tabelle Bedeutung und Ausmaß der „versteckten Arbeitslosigkeit“ zum Ausdruck, d. h. der Entlassungen, die nicht bei den Arbeitsämtern registriert werden. Neben den Gastarbeitern handelt es sich um einen Personenkreis, der unmittelbar nicht genau zu bestimmen ist, aber in der Restkomponente „übrige Zu- und Abgänge“ 1967 indirekt in Erscheinung trat. Mit einem Abgang von 190 000 bekam diese Restkomponente erstmals großes Gewicht und hat es allem Anschein nach auch im ersten Halbjahr 1968 behalten. Jedenfalls sprechen die — allerdings noch spärlichen — Infor-

mationen über den Stand der Beschäftigung zur Jahresmitte nicht dafür, daß die Erwerbstätigkeit entsprechend der Entwicklung von Gastarbeitern und Arbeitslosen zugenommen hat.

Am weitesten — bis einschließlich Mai — reichen die Meldungen des Bauhauptgewerbes. Auch im Falle eines großzügigen Zuschlages für die noch ausstehenden Nachmeldungen wird die jüngste Entwicklung im Bauhauptgewerbe nicht bestechend. Sie hält dem Vergleich mit den Jahren 1965 und 1966 stand, als das Baugewerbe nur mäßig expandierte und die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt stagnierte. Mehr aber nicht. Damals wie heute nahm die Beschäftigung von Januar bis Mai um rund 170 000 zu, doch der Rückstand im Niveau beträgt weiterhin 10 vH.

Ebenso kann in der Industrie von einem Aufholen der in der Rezession erlittenen Beschäftigungsverluste noch nicht die Rede sein. Auch hier ging die Entwicklung bisher nicht über den durchschnittlichen Anstieg im gleichen Zeitraum 1965/66 hinaus. Zur Jahresmitte dürfte der Beschäftigtenstand des Vorjahres leicht überschritten worden sein. Im Vergleich mit dem Stand vom Juni 1966 verbleibt ein Rückgang um rund 600 000 bei den Arbeitern (reichlich 9 vH) und 30 000 bei den Angestellten (1,5 vH).

In der Industrie und im Bauhauptgewerbe zusammen hat die Zahl der Erwerbstätigen um schätzungsweise 260 000 zugenommen. Für die übrige Wirtschaft besteht kein Grund, bei der Schätzung über den Erfahrungswert der Jahre 1964 bis 1966 — 130 000 — hinauszugehen. Somit bleibt der Zuwachs von Januar bis Juni 1968 auf knapp 400 000 begrenzt, während die Statistik der Arbeitslosen und Gastarbeiter eine Veränderung um 560 000 anzeigt. Das strukturell schrumpfende heimische Arbeitskräftepotential und der in diesem Frühjahr besonders geringe Zugang an Lehrlingen erklären die Differenz von 170 000 wohl nicht allein. Beim Rückschluß von der erfreulich rasch reduzierten Arbeitslosenzahl auf die Beschäftigungszunahme bleibt daher Vorsicht geboten, doch ist — im Vorjahresvergleich — die Phase abnehmender Beschäftigung sicherlich überwunden.

Im Vergleich von Arbeitslosen und Erwerbstätigen darf wieder von Vollbeschäftigung gesprochen werden — aber qualitativ von einer „anderen“ als vor der Rezession. Es fehlen gegenüber dem Stand von Mitte 1966 nicht nur eine Million Erwerbstätige, sondern es wird — per Saldo — eine weitere halbe Million Menschen eingesetzt, um die immer noch stark überhöhten Ausfuhrüberschüsse der Bundesrepublik zu produzieren. Dieses Erbe der Rezession sollte zwar nicht dramatisiert werden, aber stets gegenwärtig sein, wenn Erfolge und Zielsetzungen der aktuellen Wirtschaftspolitik zur Diskussion stehen.

Anhaltendes Wirtschaftswachstum

Das Sozialprodukt der Bundesrepublik war im ersten Halbjahr 1968 um 7 vH größer als vor einem Jahr. Da die Zahl der Erwerbstätigen annähernd

Entwicklung der Erwerbstätigen
Veränderung von Januar bis Juni in 1000 Personen

Komponenten	1964	1965	1966	1967	1968
Zunahme der Gastarbeiter	170	210	180	— 40	110
Abnahme der Arbeitslosen	230	200	170	220	450
Summe	400	410	350	180	560
Übrige Zu- und Abgänge	40	80	—20	—190	—170
Insgesamt	440	440	330	— 10	390
davon					
Industrie und Bauhauptgewerbe . .	310	310	200	—120	260
Übrige Wirtschaft	130	130	130	110	130

den Stand des Vorjahres erreichte, stieg das Sozialprodukt je Erwerbstätigen mit gleicher Intensität, aber strukturell nicht ausgewogen: Das Zurückbleiben der Lohneinkommen führte zu starken Gewinnsteigerungen und erheblich besseren Finanzierungsbedingungen der Unternehmen.

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1967				1968	
	I	II	III	IV	I	II ⁴⁾
Entstehung						
Land- und Forstwirtschaft . . .	4	2	0	- 2	2	1
Warenproduz. Gewerbe . . .	- 4	- 5,5	- 4	1	8	7,5
Handel u. Verkehr . . .	1	- 1	- 1	4	3,5	6
Dienstleistungen . . .	9,5	8,5	7	7	7,5	7,5
Bruttoinlandsprodukt . . .	0,5	- 1	- 0,5	3	6,5	7
Verteilung						
Private Haushalte . . .	4,5	2	- 0,5	3	4,5	5
Nettolöhne u. -gehälter . . .	1,5	- 1	- 1	0	1	2,5
Entnommene Gewinne . . .	8,5	- 1,5	- 8,5	2	10	12
Übertragungen . . .	9	12,5	12,5	11,5	7,5	5,5
Staat . . .	- 2	- 9,5	- 2,5	- 2	2	3
Unternehmen ¹⁾ . . .	- 9,5	- 16	- 11	21	300	60
Übrige Welt ²⁾ . . .	0	6,5	0	14,5	0	0
Nettosozialprodukt ³⁾ . . .	0	- 1,5	- 1,5	3	7	6,5
Verwendung						
Verbrauch . . .	5	3	2	3,5	2	4,5
Privat . . .	4	1,5	1,5	3	2	4,5
Öffentlich . . .	9	7,5	5,5	4,5	2,5	4,5
Anlageinvestitionen . . .	- 10,5	- 14,5	- 11,5	- 3	0	9
Bauten . . .	- 3,5	- 13,5	- 12	- 10	- 1,5	10
Ausrüstungen . . .	- 17	- 15,5	- 11	5,5	2	8
Ausfuhr . . .	10,5	11	3	6	11,5	5
Einfuhr . . .	- 5,5	- 2	- 2,5	2,5	12,5	11
Bruttosozialprodukt, nom. . .	0,5	- 1	- 0,5	3	7	7
Deflationierungsfaktor . . .	2,5	0,5	0	- 0,5	1	2
Bruttosozialprodukt, real . . .	- 2	- 1,5	- 0,5	3,5	6	5
davon: Arbeitsvolumen . . .	- 4	- 3,5	- 4,5	- 3,5	0	- 1
Produktivität . . .	2	2	4	7	6	6

¹⁾ Nicht entnommene Gewinne u. empfangene Übertragungen. — ²⁾ Empfangene Übertragungen von inländischen Sektoren. — ³⁾ Zu Marktpreisen. — ⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Das Preisniveau blieb im ersten Halbjahr annähernd konstant. Im Vorjahresvergleich ergaben sich beim Deflationierungsfaktor, d. h. dem Preisindex des Bruttosozialprodukts, Erhöhungen um rund 1 vH im ersten und 2 vH im zweiten Quartal. Das Ansteigen der Zuwachsrates ist einmal zurückzuführen auf den fallenden Preistrend im Vorjahr, zum anderen auf strukturelle Einflüsse (sich ändernde Gewichtung der Einzelindizes) in diesem Jahr. Besonders die Preisentwicklung des privaten Verbrauchs (abnehmende Zuwachsrates) hebt sich vom Gesamtergebnis ab.

Zu konstanten Preisen gerechnet expandierte das Sozialprodukt im zweiten Quartal etwas schwächer. Doch unterschieden sich die Quartale in der Zahl der Werkzeuge so erheblich, daß nach Ausschalten der Kalendereinflüsse das Ergebnis umgekehrt lautet: Anstieg des realen Zuwachses von 5 auf 7 vH. Eine Verbesserung um zwei Wachstumspunkte zeigte sich auch beim Arbeitsvolumen in „arbeitstäglicher“ Betrachtung: 1 vH Mehrbeschäftigung und 1 vH längere Arbeitszeit. Damit errechnet sich für beide Quartale ein Produktivitätsanstieg von 6 vH. In der

Rezession war er dagegen auf 2 vH gesunken. Die produzierenden Bereiche entzogen sich zwar damals durch Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen dem Sinken der Produktivitätsrate auf einen derart niedrigen Stand; doch führten in anderen Bereichen — speziell im Handel — die Umsatzeinbußen zu negativen Produktivitätsraten. Entsprechend den verstärkt wachsenden Umsätzen verbesserte sich im Verlauf des ersten Halbjahres 1968 die Produktivität im Handel zunehmend, während in der Industrie — nach einem Maximum im vierten Quartal 1967 — die Raten wieder abnahmen.

Blickt man zurück, so ist einem Jahr der Rezession — nach dem Wendepunkt Mitte 1967 — bereits wieder ein Jahr konjunktureller Belebung gefolgt. Die im zweiten Quartal erzielte reale Wachstumsrate des Sozialprodukts von — bereinigt — 7 vH ist zwar aufgrund der Ausfälle im Vorjahr überhöht, aber Kennzeichen einer gefestigten und intensiven Aufwärtsentwicklung.

Abgesehen von der stets zu einem so frühen Zeitpunkt gegebenen Schätzunsicherheit wurde die Berechnung diesmal durch die Einführung der Mehrwertsteuer erschwert, obwohl das Gegenteil hätte eintreten können. Doch man hat es versäumt, den seit dem 1. Januar mit der Steuerzahlung der Unternehmen (Zahllast) gegebenen Indikator für Höhe und Entwicklung der Beiträge zum Sozialprodukt („Mehrwert“) in das Programm der kurzfristigen statistischen Berichterstattung aufzunehmen. Der Zusammenhang zwischen den Beiträgen und der Zahllast der Wirtschaftsbereiche ist zwar aus verschiedenen Gründen nicht so eng, daß die Steuerzahlungen eindeutige Rückschlüsse auf die Nettoproduktion zulassen. Da aber bisher zeitnahe Informationen fast vollständig fehlen und bei der Bestimmung der Nettoproduktionswerte die aus den relativ seltenen Kostenstrukturerhebungen gewonnenen Nettoquoten mehr oder weniger „freihändig“ extrapoliert werden müssen, würde die Kenntnis der Zahllast in den einzelnen Wirtschaftsbereichen eine große Bereicherung bedeuten. Dagegen haben die speziell in die Industriebereichterstattung aufgenommenen Meldungen der Brutto- und Nettoumsätze (mit bzw. ohne Umsatzsteuer) ihren Hauptzweck bereits erfüllt: Die Belastungsquoten in der Nähe von 9 vH sind fixiert und werden sich — abgesehen von Steuererhöhungen — kaum ändern. Statt dessen sollte möglichst bald die Zahllast erfragt werden: Der Aufwand für die Unternehmen und die statistischen Ämter bliebe der gleiche, der Informationsgehalt der statistischen Aussage aber stiege beträchtlich.

Kräftige Lagerbildung — geringer Verbrauch

Mehr als bisher muß vorerst die Güterverwendung Auskunft über Höhe und Entwicklung des Sozialprodukts geben. Im ersten Halbjahr dominierte die Lagerbildung. Sowohl von dem Zuwachs an heimischer Produktion als auch von den wieder kräftig steigenden Importen gingen erhebliche Teile auf Lager. Der geschätzte Betrag von 6 Mrd. DM ist

groß, der Lagerbestand aber nicht größer als vor zwei Jahren. Nach der eingetretenen Normalisierung müssen jetzt aber Verbrauch und Anlageinvestitionen entsprechend kräftiger wachsen. Tendenzen in dieser Richtung sind im zweiten Quartal festzustellen. Es setzte eine spürbare Belebung beim Einzelhandel und damit beim privaten Verbrauch ein. Im Zuwachs dürfte der Verbrauch sogar den Einkommen der privaten Haushalte vorausgeeilt sein. Jedenfalls sprechen die vorliegenden Meldungen für relativ geringe Spartätigkeit der privaten Haushalte im zweiten Quartal. Aber selbst ein begrenzter Rückgriff auf gebildete Sparguthaben zugunsten des Verbrauchs wäre gegenwärtig als Ausdruck des Vertrauens und Reaktion auf manches „Angstsparen“ in der Rezession zu werten.

Bei der Zunahme der Anlageinvestitionen im zweiten Quartal um schätzungsweise 10 vH für Bauten und 8 vH für Ausrüstungen ist der durch die Mehrwertsteuer verursachte Preisanstieg zu bedenken. Er betrug rund 4 vH und verminderte sich für die Investoren in den umsatzsteuerpflichtigen Wirtschaftsbereichen um 2 vH, d. h. den Differenzbetrag zwischen Umsatz- und Investitionsteuer¹. Das Urteil zur realen Entwicklung lautet: *ungenügend* bei den Bauten, die im ersten Halbjahr kaum den niedrigen Produktionsstand des Vorjahres überschritten, und *erfolgsversprechend* bei den auf weitere Steigerung tendierenden Käufen von Ausrüstungsinvestitionen.

Anhaltende Unterstützung scheint die Inlandskonjunktur von der Auslandsnachfrage her zu bekommen. Die sehr unterschiedlichen und auf Abschwächung hindeutenden Quartals-Zuwachsraten der Ausfuhr täuschen und stehen nicht im Einklang mit der Entwicklung der Auftragseingänge. Im ersten Quartal kam es zu eindeutigen und mit der Furcht vor restriktiven Maßnahmen zu begründenden Übersteigerungen beim Export nach den USA (+ 50 vH) und auch nach Großbritannien (+ 20 vH). Im zweiten Quartal fehlt noch die Exportmeldung für den Juni. Das Ergebnis dürfte niedrig ausfallen, doch lediglich aufgrund der besonders geringen Zahl von Arbeitstagen (4 Tage oder 20 vH weniger als im Juni 1967). Immer wieder hat sich gezeigt, daß Arbeitstagsschwankungen sehr deutlich als Export- und auch Importschwankungen in Erscheinung treten. Deshalb reichen Quartalsdurchschnitte zur Information nicht aus. Immerhin hat im Außenhandel der Bundesrepublik der Import seit Jahresbeginn die größere Dynamik. Doch der absolute Rückstand zum Exportniveau ist so groß, daß nur erheblich über die gleichzeitige Exportsteigerung hinausgehende Importe zu Kürzungen des Außenbeitrags führen, die ins Gewicht fallen.

Ausblick

Hält das Wachstum der Waren- und Dienstleistungsexporte, wie im Durchschnitt des ersten Halbjahres, mit 8 vH an — und dieser Ansatz erscheint realistisch —, dann kürzen ungeschwächt mit durchschnittlich 11 vH wachsende Importe den Außenbeitrag im zweiten Halbjahr lediglich um eine Milliarde DM. Es wäre auch keine Überraschung, wenn der Außenbeitrag überhaupt nicht abnimmt. Je länger aber die strukturell unerwünschte Überschußposition anhält, desto stärker verschieben sich die Akzente in konjunkturpolitischer Sicht.

Nachdem die Rezession gestoppt war, bestand die Aufgabe darin, die inländische Nachfrage so zu steigern, daß die Schuldnerposition von Staat und Ausland mit einem Jahresdefizit von zusammen 25 Mrd. DM oder 5 vH des Sozialprodukts möglichst rasch und ohne Beeinträchtigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden konnte. Die Erfolgsaussichten mußten anfangs zurückhaltend beurteilt werden, da die private Investitionsneigung gering war, der private Verbrauch ohne vorangehende Einkommenserhöhungen nicht aus der Stagnation herauskam, andererseits der Staat aus seiner Schuldnerposition herausdrängte und die Auslandsnachfrage zu erlahmen drohte. Aus heutiger Sicht können Auslandsnachfrage und Investitionsneigung wesentlich günstiger beurteilt werden. Die Industrie erhält damit aus dem Inland nicht nur kompensierende, sondern zusätzliche Aufträge: Produktion und Einkommen tendieren zu anhaltend starkem Wachstum. Ausstrahlungen auf die gesamte Wirtschaft, auch auf Löhne und Verbrauch, bleiben dann nicht aus. Allerdings dürfte der Staat zunehmend retardierend wirken. Sein Sachverbrauch expandiert nur schwach, während die Einnahmen verstärkt wachsen werden. Ob die relativ hohen Planansätze für die öffentlichen Investitionen erfüllt werden, ist noch ungewiß. Nach den Ausfällen im ersten Quartal müßte eine erhebliche und für die anhaltende Belebung der Bauwirtschaft auch unerläßliche Ausgabensteigerung erfolgen. Zu bedenken ist ferner, daß die produktionswirksame Nachfrage im zweiten Halbjahr als Folge der Mehrwertsteuer um rund 5 vH hinter dem Ausgabenanstieg zurückbleiben wird. Doch haben sich die konjunkturpolitischen Akzente so weit verschoben, daß ein ungeschwächtes Wirtschaftswachstum vorerst gesichert erscheint.

¹ Die jetzt erforderliche Nettobewertung der Anlage- und Vorratsinvestitionen entsprechend der bei den Anlagen reduzierten und den Vorräten entfallenden Umsatzsteuerbelastung ist in dieser vorläufigen Sozialproduktschätzung noch zurückgestellt worden.

Gegenstand	Gebiet	Einheit†)	1967										1968					
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Verkehrsindizes																		
Personenverkehr, kalendertägl. .																		
Eisenbahnen, bef. Pers.	BRD	1962 = 100	TD	80	84	83	75	81	72	88	82	79	80	.	.	.	.	.
Straßenbahnen, " "	"	"	"	74	75	71	73	67	61	71	72	75	71	68	70	68	.	.
Omnib., Ortslinien, " "	"	"	"	107	109	104	106	99	93	106	111	116	111	111	111	109	.	.
Überlandl. " "	"	"	"	108	112	108	106	97	90	116	117	123	111	121	122	115	.	.
Gelegenheit " "	"	"	"	65	78	116	158	147	119	138	104	75	67	56	71	77	.	.
Güterverkehr, kalendertägl.																		
Eisenbahnen, bef. Güter	BRD	1962 = 100	TD	92	94	91	102	96	97	103	112	111	100	.	.	.	.	.
Binnenschifffahrt, " "	"	"	"	117	128	124	144	128	130	137	136	129	113	107	129	.	.	.
Seeschifffahrt, Gütermenschlag	"	"	"	118	121	126	122	116	127	130	127	131	129	124	135	.	.	.
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , bef. Güter	BRD	"	S	117	123	123	133	130	129	130	141	130	114	104	109	.	.	.
Deutsche Seefrachten																		
Linienfahrt ²⁾	BRD	2.Hj. 54 = 100	D	149	150	150	155	155	155	154	155	154	155	107	106	108	108	108
Trampfahrt ²⁾	"	"	"	72	72	71	81	84	84	88	91	81	92	91	94	91	90	90
Tankerfahrt ³⁾	"	Mot/Sc. = 100	"	44	35	43	119	183	171	162	124	127	100	100	82	99	95	116
Verkehrsleistungen																		
Personenverkehr																		
Dtsch. Bundesbahn ⁴⁾ , bef. Pers.	BRD	1000	S	77987	79609	80555	70171	79707	71253	83771	80018	74194	78783	83444	75755	78856	78730	.
Pkm	"	Mill.	"	2784	2513	3118	2944	3616	3380	2974	2547	2207	2756	2497	2273	2466	2699	.
Straßenbahnen ⁵⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	201608	197497	192357	190995	181900	165600	186200	194300	196200	192000	185200	177700	185000	171600	.
Pkm	"	Mill.	"	993	941	948	941	904	823	926	960	970	947	916	868	907	841	.
Omnibusse ⁶⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	309030	309085	308385	299987	286300	265900	313500	329300	332100	320200	332800	313800	323500	294200	.
Pkm	"	Mill.	"	2938	3139	3821	4059	3962	3617	4090	3555	3131	2879	3033	2936	3095	3016	.
Luftfahrt ⁷⁾ , Fluggäste	BRD	1000	"	1321	1421	1818	1858	1944	2017	2089	1746	1199	1173	1238	.	.	.	.
Güterverkehr																		
Dtsch. Bundesbahn ⁸⁾ , bef. Güter	BRD	1000 t	S	23094	23078	23311	26208	25322	24443	24111	29232	28191	25626	24067	23403	24873	24142	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	4452	4402	4388	4996	4828	4793	5022	5284	5172	4852	4574	4440	4943	4553	.
Güterwagengestellung	"	1000	"	1284	1292	1243	1401	1344	1341	1408	1549	1459	1316	1256	1236	1339	1306	.
Binnenschifffahrt ⁹⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	17084	18033	18094	20282	18610	18973	19312	19828	18130	16431	15586	17605	19198	.	.
tkm	"	Mill.	"	3626	3815	3862	4565	4226	4081	4050	4179	3608	3262	3263	3595	3937	.	.
Seeschifffahrt ¹⁰⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	8525	8448	9068	8520	8337	9188	9047	9148	9133	9325	9555	9094	.	.	.
Fernverk. m. Lkw. ¹⁾ , "tkm	BRD	"	"	10722	11298	11290	12126	11893	11768	11878	12907	11874	10405	9517	9933	.	.	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	2675	2803	2695	2992	2884	2864	2967	3206	2981	2640	2488	2575	.	.	.
Luftfahrt ⁷⁾ , Fracht und Post . .	"	t	"	29090	29906	27185	29436	28169	27041	30438	32514	32141	33044	29201	.	.	.	.
Nachrichtenverkehr																		
Briefsendungen	BRD	Mill.	S	844	764	722	757	683	718	757	857	867	914	800	761	822	857	.
Paketsendungen	"	"	"	26	23	20	20	19	20	23	27	32	39	21	21	25	25	.
Abgehende Ferngespräche . . .	"	"	"	188	178	180	195	186	189	198	210	197	205	202	192	209	.	.
Neuzulassgn. v. Kraftfahrzeugen	BRD	Stück	S	176034	159413	148036	143339	115882	96526	122969	141478	120456	122135	75613	112795	171679	184412	175421
dar. Personenkraftwagen ¹¹⁾ . .	"	"	"	157341	143457	133412	127583	101222	85246	107944	123564	104354	100304	64580	101205	155131	167183	158333
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	BRD	1962 = 100	S	133,9	126,9	129,3	127,5	128,7	122,1	126,8	134,4	144,2	192,2	112,6	112,2	132,3	139,9	137,0
Nahrungs- und Genußmittel ¹²⁾ .	"	"	"	135,4	127,8	131,8	136,0	133,8	130,3	130,1	126,9	127,4	160,2	118,6	121,4	135,0	139,3	141,8
Bekleidung, Wäsche, Schuhe ¹²⁾	"	"	"	122,5	118,1	125,6	107,2	120,4	101,2	110,8	130,5	144,4	191,2	103,0	86,4	115,0	137,1	119,6
Warenhausunternehmen	"	"	"	148,4	137,9	140,6	133,8	148,6	139,0	139,1	156,8	189,8	267,8	142,5	128,5	150,6	165,1	.
Filialunternehmen	"	"	"	159,5	150,7	152,4	148,2	145,1	139,3	146,8	156,6	167,4	210,4	139,4	140,0	165,2	174,2	.
Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt ¹³⁾	BRD	1958 = 100	D	105,5	103,6	103,0	103,1	102,6	103,1	103,2	103,1	103,8	103,8	101,1	101,6	101,7	99,5	99,4
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	107,6	105,5	104,7	104,7	104,1	104,7	104,9	104,7	105,5	105,5	102,3	103,1	103,1	100,6	100,6
ausländischer	"	"	"	93,5	92,9	92,9	93,9	93,9	93,4	93,2	93,5	93,9	94,0	93,6	93,2	93,1	92,7	92,6
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	107,8	106,7	105,4	105,5	103,4	104,4	104,7	104,1	104,7	105,0	102,7	102,7	103,3	100,9	101,9
" industrieller "	"	"	"	104,0	101,6	101,4	101,6	102,0	102,2	102,2	102,5	103,3	103,0	99,9	101,0	100,6	98,6	97,7
Erzeugerpreise																		
Industrielerzeugnisse insgesamt ¹⁴⁾	BRD	1962 = 100	D	105,4	104,7	104,6	104,7	104,7	104,7	104,5	104,5	104,7	104,8	99,7	99,9	99,6	99,1	98,9
Grundst.- u. Prod.-güterind. . .	"	"	"	101,4	99,3	99,2	99,8	100,4	100,7	100,2	100,4	101,0	101,2	96,1	96,9	96,2	94,7	94,1
Investitionsgüterindustrien . .	"	"	"	106,1	105,9	105,7	105,7	105,4	105,3	105,2	105,1	105,1	105,1	99,1	99,0	99,0	99,0	99,0
Verbrauchsgüterindustrien . .	"	"	"	108,6	108,4	108,1	108,0	107,8	107,6	107,5	107,5	107,6	107,7	102,0	101,0	101,9	101,9	101,9
Nahrungs- u. Genußmittelind. .	"	"	"	107,2	107,2	107,2	107,3	106,7	106,5	106,3	106,2	106,3	106,2	101,9	101,7	101,6	101,4	101,2
Landwirtschaftliche Produkte	"	61/62 - 62/63	"	108,7	106,5	104,9	105,6	102,6	102,7	103,2	101,1	101,9	102,0	99,0	97,9	98,3	96,5	97,7
insgesamt	"	= 100	"	108,7	106,5	104,9	105,6	102,6	102,7	103,2	101,1	101,9	102,0	99,0	97,9	98,3	96,5	97,7
Einzelhandelspreise																		
Insgesamt ¹⁴⁾	BRD	1958 = 100	D	120	120	120	120	120	120	119	119	120	120	120	120	120	120	120
Lebensmittel	"	"	"	118	119	119	120	119	118	117	117	117	117	118	118	117	118	118
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	120	120	120	120	120	120	120	120	120	119	120	120	119	119	119
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																		
Gesamt ¹⁵⁾	BRD	1962 = 100	D	114,3	114,5	114,8	115,0	115,1	114,4	114,1	114,0	114,2	114,2	115,7	115,6	115,7	115,7	115,8
Nahrungs- u. Genußmittel	"	"	"	112,4	112,8	113,4	113,7	113,7	111,6	110,8	110,8	110,8	110,7	111,8	111,3	111,2	111,2	111,1
Kleidung, Schuhe	"	"	"	112,2	112,2	112,2	112,1	112,1	112,0	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,8
Wohnungsmiete	"	"	"	136,0	137,4	137,8	138,2	138,8	139,5	139,5	139,8	140,3	140,5	142,8	144,0	145,0	146,2	147,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe . .	"	"	"	109,4	106,0	106,1	106,5	107,7	108,4	108,7	109,7	110,0	110,4	116,4	117,2	117,0	113,6	113,1
Sonst. für Haushaltsführung ¹⁶⁾ .	"	"	"	108,6	108,5	108,4	108,3	108,2	108,1	108,1	107,9	107,9	107,8	108,2	108,2	108,2	108,1	108,1
Waren und Dienstleistungen für																		
Verkehr, Nachrichtenüberm. . .	"	"	"	113,7	113,7	113,7	113,7	114,5	114,9	115,0	115,1	115,0	115,1	116,3	116,3	116,6	116,6	116,6
Körper- u. Gesundheitspflege . .	"	"	"	116,9	117,0	117,0	117,9	118,0	118,0	118,1	118,1	118,1	118,3	124,0	124,7	124,7	124,8	124,8
Bildung und Unterhaltung . . .	"	"	"	111,3	111,5	111,6	111,3	111,5	111,8	111,9	112,2	112,1	112,4	114,3	114,9	115,0	115,0	115,4
Persönl. Ausstattung; sonstige	"	"	"	111,3	111,5	111,6	111,3	111,5	111,8	111,9	112,2	112,1	112,4	114,3	114,9	115,0	115,0	115,4
Waren und Dienstleistungen . .	"	"	"	116,8	116,8	116,6	116,6	116,7	119,3	119,3	119,4	119,6	119,6	121,5	121,5	121,5	121,5	121,5
Preise im Außenhandel für																		
Ausfuhrgüter insgesamt ¹⁸⁾ . . .	BRD	1962 = 100	D	106,9	106,8	106,6	106,7	106,7	107,0	106,9	106,9	107,0	106,9	106,1	106,3	106,1	105,6	105,4
Einfuhrgüter insgesamt ¹⁹⁾ . . .	"	"	"	106,1	105,2	104,9	105,7	105,8	105,7	105,4	105,7	107,0	106,7	106,4	107,0	107,7	106,0	105,1